

## Konjunktur/Ifo-Index

## Trügerische Rekordjagd

Von Jürgen Volz

Die Konjunkturlokomotive Deutschland ist nicht zu stoppen. Industrie und Handel jagen von einem Rekord zum nächsten. Wachstum ist angesagt. Und nahezu alle Experten sind sich darin einig, dass die Fahrt auf allerhöchstem Niveau noch eine ganze Weile andauern wird. Also alles in Butter mit der deutschen Wirtschaft?

Auf den ersten Blick ja. Die Stimmung in den Chefetagen der Unternehmen ist nach den aktuellen Ergebnissen einer Ifo-Umfrage prächtig. Jedenfalls so gut, dass sie die tatsächliche Geschäftsentwicklung bisweilen überdeckt. Klar, die Unternehmen machen weiterhin glänzende Umsätze und werden dies auch bis ins Jahr 2018 hinein noch tun. Aber man sollte sich von der aktuellen Euphorie nicht blenden lassen. Der kluge Geschäftsmann agiert vorausschauend. Und er sieht beim Blick in die Zukunft nach wie vor eine Reihe von ernstzunehmenden Risiken. Etwa den Brexit und dessen nicht abzuschätzenden Folgen. Oder die USA. Wie geht es mit den Handelsbeziehungen unter Präsident Donald Trump weiter? Dazu kommen gleich reihenweise Krisen auf der ganzen Welt.

Und dann ist da noch die Europäische Zentralbank mit ihrer Geldpolitik. Die Zeit der offenen Geldschleusen und der Nullzins-Strategie scheint zu Ende zu gehen. Jahrelang hat Deutschland – und somit auch seine Wirtschaft – davon profitiert. Politik und Industrie haben es sich auf der Erfolgswelle gemütlich gemacht. Notwendige Reformen, etwa wegen des demografischen Wandels auf dem Arbeitsmarkt, sind ausgeblieben. Das muss sich nun schleunigst ändern.

## Altersarmut

## Die Armen von morgen

Von Davor Cvrjic

Natürlich ist Altersarmut etwas Schlimmes. Zumal in einem wohlhabenden Land, in dem die meisten Menschen zum Glück ein auskömmliches Einkommen haben. Gerade weil es den Deutschen weitgehend gut geht, wird Altersarmut gern als politischer Skandal wahrgenommen. Dabei wird das Problem meistens übertrieben. Die Armutsquote ist unter den Erwerbstätigen höher als unter den Rentnern. Das wird gerne unterschlagen. Dabei liegt hierin die Hauptursache für Altersarmut.

Bei den Forderungen nach einer Reform der Rentenpolitik geht es zumeist darum, das Rentenniveau insgesamt anzuheben. Davon profitieren sehr viele Menschen. Doch die Personengruppen, die besonders armutsgefährdet sind, haben nichts davon. Wer Altersarmut wirkungsvoll bekämpfen will, muss bei den Risikogruppen ansetzen. Wenn es genügend Kitas gibt, können alleinstehende Frauen arbeiten und Rentenansprüche erwerben. Wer eine gute Berufsausbildung hat, wird später eher einen gut bezahlten Job finden, mit dem er sich eine Alterssicherung aufbauen kann. Die armen Erwerbstätigen sind die armen Rentner von morgen. Das ist die Lehre aus der neuen Studie.

## Pressestimmen

## SPD-Parteitag

## Freie Presse

(Chemnitz): „Sich nicht provozieren zu lassen, ist kein Anschlag auf die Demokratie, wie Schulz sagt. Denn warum sollte sich Merkel verteidigen, wenn sie nicht einmal richtig angegriffen wird? Und warum sollte ein Sieg schwerer zu erringen sein, wenn sich der Gegner nicht wehrt? Die SPD hat den Wettstreit um bessere Ideen aufgenommen. Ob sie die Wähler überzeugt, liegt an Schulz und seiner SPD. Nicht an Merkel.“

## Hannoversche Allgemeine:

„Für SPD-Anhänger, die sich gefragt haben, wann Martin Schulz endlich den Straßenkämpfer gibt, von dem er pausenlos erzählt, gibt es eine gute Nachricht: jetzt. Angriffslustig wie nie zuvor präsentierte sich der SPD-Chef und Kanzlerkandidat. Mehrmals ging er die Bundeskanzlerin frontal an. Das Aufatmen der Delegierten war deutlich. Der Chef bläst zum Angriff. Aus Sicht der Sozialdemokraten wurde es höchste Zeit.“



## Impressum

**Verlag**  
Badisches Tagblatt GmbH  
Postfach 1000 33  
76481 Baden-Baden  
Stephanienstraße 1–3  
76530 Baden-Baden  
Telefon 07221 215-0  
info@badisches-tagblatt.de  
www.badisches-tagblatt.de

**Aboservice/Zustellung**  
Telefon 0 800 600 8500 (gebührenfrei!)

**Geschäftsführer**  
Eva Ertl, Dr. Dietmar Greiser,  
Wolfgang Hoffarth

**Chefredakteur**  
Markus Langer  
**Stv. Chefredakteurin**  
Anja Groß

**Ressorts**  
Nachrichten: Anja Groß  
Kultur: Christiane Lenhardt  
Sport: Frank Ketterer  
Journale/Sonderthemen: Michael Brenner

**Leiter Lokalredaktionen**  
Baden-Baden: Harald Holzmann  
Bühl: Gerold Hammes  
Murgtal: Thomas Senger  
Rastatt: Egbert Mauderer

**Anzeigenleiter**  
Stefan Hörig

**Private Kleinanzeigen**  
Telefon 0 800 600 8600 (gebührenfrei!)

**Vertrieb**  
TOP Presse-Service GmbH, Baden-Baden

**Druck**  
Badisches Druckhaus Baden-Baden GmbH

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 63 vom 1. Januar 2017.  
Bezugspreise: Abonnement: 35,50 € / Postbezug: 39,00 €

## Mit 60 zu neuen Ufern

Grüne im zweiten Glied: Rebecca Harms kämpft jetzt für ihr Herzensthema Osteuropa

Von Dieter Klink

**Straßburg/Brüssel – Ihr Leben lang hat sie gegen Atomkraft gekämpft. Im Wendland hat sie in den 70er Jahren eine Bürgerinitiative gegen den Atommüll-Standort Gorleben gegründet. Ihr Weg führte sie zu den Grünen, in den niedersächsischen Landtag und ins Europaparlament. Bis 2016 war sie Fraktionsvorsitzende der Grünen im EU-Parlament. Dann trat sie zurück, gab dem Druck der Jüngeren nach. „Der Wunsch nach einem Generationswechsel ist sehr stark geworden“, sagt sie im BT-Gespräch in ihrem Büro in Straßburg. Harms mit 60 aufs Altenteil geschoben? Sie redet lieber über die Vorzüge ihres neuen Lebens. Nun könne sie sich mehr ihren Herzensthemen widmen. Allen voran Osteuropa. Ohne Fraktionsamt, aber mit viel Überzeugung.**



„Der Wunsch nach einem Generationswechsel ist sehr stark geworden“: Rebecca Harms (Grüne) in ihrem Abgeordnetenbüro im EU-Parlament in Straßburg. Foto: Klink

Ihr Rückzug von der Fraktionspitze hatte auch politische Gründe. Sie spricht von einer politischen Verschiebung. Für ihre Positionen hatte sie in der Fraktion, die aus 51 Abgeordneten aus 18 Ländern besteht, keine Mehrheiten mehr, und „man kann ja nicht mit dem Kopf durch die Wand“.

Der Kopf, die Wand: Das sind ihre Begriffe, mit denen sie das Ringen um den Kurs in der bunten Grünen-Truppe umschreibt. „Ein Abnutzungskampf um Überzeugungen. Es geht um eine Grundsatzfrage, deretwegen Harms sich letztlich zum Aufgeben gezwungen sah. Die Nachkommenden, so hört man im Gespräch heraus, sehen Europa nüchterner als Harms. Für sie ist es ein einzigartiges Friedensprojekt. Ihre Herangehensweise an Europa sei anders, meint sie. Harms sagt jedes Mal „Europäische Union“, nicht EU. Es klingt wie eine Liebesbeziehung.

„Je länger ich Politik mache, desto öfter bin in der Nachbarschaft unterwegs und sehe, wie gut das ist, was wir erreicht haben.“ Sie stellt die Qualitäten der EU in den Vordergrund. Man müsse bereit sein, das Erreichte zu verteidigen. In nur 60 Jahren sei viel passiert. Die EU sei großartig, „das beste Projekt des Kontinents“. Zu diesen Qualitäten müsse man sich bekennen. Harms glaubt: „Ohne Vertrauen in das, was jetzt ist, wird es auch kein Vertrauen in größere Integrations-schritte geben.“

Und diese Qualitäten sehen ihre jungen Grünen-Kollegen im Parlament weniger? Harms findet, man dürfe die Kritik am Bestehenden nicht übertreiben. „Zeigt mir erst mal mal was

Besseres!“, fordert sie die EU-Kritiker auf.

Mit der Kritik übertreiben, das macht sie unter anderem am Handelsabkommen CETA fest. Während etwa alle anderen deutschen Grünen ihrer Fraktion im Februar gegen das Abkommen gestimmt haben, hat sich Harms der Stimme enthalten. Die EU-Kommission habe in den Verhandlungen in einigen Punkten echte Fortschritte erzielt, CETA sei eines der besseren Handelsabkommen. Man hätte sich aus ihrer Sicht darauf einlassen können, mit der kanadischen Regierung gegebenenfalls nachzusteuern. Europa brauche Kanada als engen Partner. „Ich misstrauere diesem Abkommen nicht so tief wie einige meiner Kollegen.“

## „Das ist für mich unerträglich“

Politische Verschiebung gibt es auch, was das Verhältnis zu Osteuropa angeht. Gerade da habe sie sich als Fraktionsvorsitzende nicht mehr wohlfühlt. Dass sie das Agieren Russlands auf der Krim und in der Ostukraine kritisiert hat, hat ihr ihrerseits heftige Kritik von rechts und links im Parlament eingebracht. Das bringt die ansonsten Bedächtige in Rage. „Sie argumentieren gleichermaßen, sehen die Verantwortung für die Eskalation in der imperialistischen Außenpolitik der Europäischen Union. Der Vorwurf ist: Die Europäer hätten durch Expansion Putin herausgefordert. Das ist für mich unerträglich.“

Jetzt, ohne den Fraktionsvorsitz, könne sie sich stärker den

Themen widmen, für die sie breiten Rückhalt aus allen Fraktionen erhalte. Also Osteuropa. Sie ist Vorsitzende von Euronest, der parlamentarischen Versammlung von EU-Abgeordneten und der Staaten der östlichen Partnerschaft (Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Republik Moldau und Ukraine). Bei der Ukraine achte man inzwischen sehr darauf, dass die Regierung den Kampf gegen Korruption ernst nehme. Man sage den Ukrainern klar: „Ihr verliert unsere Unterstützung, wenn das nicht stattfindet.“ Das ist Harms wichtig. „Die Europäische Union darf in Osteuropa auf keinen Fall Komplizenhaft mit korrupten Eliten erscheinen.“

Wie viel Frust war dabei, als sie den Fraktionsvorsitz niederlegte? Harms wiegelt ab, versucht, den Schritt als etwas Normales hinzustellen. Es soll nicht dramatisch klingen, dass sie sich nicht mehr verstanden fühlt. Dann sagt sie doch einen Satz, der ihrer Kränkung Ausdruck verleiht. „Niemand ist gerne in der Situation, wo er oder sie nicht mehr gebraucht wird.“ Sie habe ihren Frieden damit gemacht. „Das Leben ist einfach so, dass es neue Kapitel gibt, und ich bin gerade am Beginn eines neuen Kapitels für mich.“

Der Kampf gegen die Atomkraft, das Leben zwischen Protest und Partei habe sie verändert. „Ich bin nicht mehr genauso wie vor 40 Jahren, als ich die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg gegründet habe. Ich weiß heute besser, wie wertvoll repräsentative Demokratie ist.“ Und zwar, weil sie viel unterwegs in Ländern ist, in denen

es eben nicht so gut läuft.

Ihre Liebe zu Osteuropa hat ihre eigenen Kapitel. Im September 2014 erregte Harms Aufmerksamkeit, weil sie wegen ihres Engagements für die Ukraine nicht nach Russland einreisen durfte. Auf dem Flughafen in Moskau hat man ihr überraschend erklärt, dass sie unerwünscht sei. Obwohl der Besuch seit langem geplant und auch den Botschaften bekannt gewesen sei, habe sie eine Erklärung unterschreiben müssen, in der es als krimineller Akt gewertet würde, wenn sie nach Russland einreise. Das ist bis heute so geblieben, Harms darf nach wie vor nicht nach Russland einreisen. Das bedauert sie sehr. Sie würde nämlich gerne dort Freunde besuchen.

## Sterben unter europäischer Flagge

Die Visafreiheit für die Ukrainer hingegen begrüßt sie sehr. Überfällig nennt sie den Schritt. Die Ukrainer hätten lange darauf warten müssen, zu lange. Als die Visafreiheit jetzt im Juni unter Dach und Fach war, hätten Freunde sie gefragt, ob es wirklich stimme. Sie wollten sich nicht zu früh freuen. „Für dieses Land, in dem Soldaten nicht nur unter der ukrainischen, sondern auch der europäischen Flagge sterben, war es wahnsinnig wichtig, dass endlich das Signal kam: Wir wollen Euch, wir heißen Euch willkommen.“

Harms glaubt, dass mit dem neuen französischen Präsidenten Emmanuel Macron nun mehr Druck auf Moskau ausgeübt werde. Dass Europa mit Macron eine bessere Garantie für die Souveränität der Ukraine abgebe, denn darum gehe es letztlich immer: um eine politische Lösung und die Reaktion auf die Aggression Russlands.

Harms fühlt sich wohl in diesem neuen Kapitel, an der Seite der Ukrainer, der Osteuropäer. Keine Frage, dass sie auch 2019 wieder fürs Europäische Parlament kandidieren will. Bei der Frage muss sie nicht lange überlegen, sie will weitere Kapitel hinzufügen. „Ich will gerne weitermachen. Ich bin mir sicher, dass ich viel beitragen kann zum besseren Verständnis für die Europäische Union mit allen Widersprüchen und Unzulänglichkeiten.“ Sie will weiter daran arbeiten, dass man dieser EU trotz aller Mängel vertraut.

Sie kennt aus Erfahrung nichts Besseres als ihr Europa. Als ihre Europäische Union.



Unterwegs in einem Land, das sie gerne unterstützt: Rebecca Harms in Kiew, Hauptstadt der Ukraine. Foto: AFP